

Finnland testet ab Januar ein bedingungsloses Grundeinkommen

Finnlands Regierung möchte ab Januar 2017 ein bedingungsloses Grundeinkommen testen. Das Grundeinkommen hat das Ziel, das soziale System zu vereinfachen, mehr Menschen in Jobs zu bekommen und den Bürgern eine finanzielle Sicherheit zu gewähren. Um das Grundeinkommen zu testen, wurden kurz vor Silvester 2000 Arbeitslose zwischen 25 und 58 Jahren ausgelost, die im November 2016 Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenunterstützung erhalten haben. Diese Arbeitslosen sollen ab Januar monatlich 560 Euro zur Verfügung gestellt bekommen, im Gegenzug wird das Arbeitslosengeld gestrichen. Das Grundeinkommen ist an keine Bedingung geknüpft und steht den Personen frei zur Verfügung. Dies bedeutet auch, dass es nicht versteuert werden muss und man ohne finanzielle Nachteile etwas dazuverdienen kann. Das Experiment ist für zwei Jahre angesetzt und kann nach einem Jahr auf mehrere Personen ausgeweitet werden, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet.

Die finnische Regierung erhofft sich dadurch eine zusätzliche Motivation zu schaffen, eine Arbeitsstelle zu finden. Bisher sei es so gewesen, dass Empfänger von Sozialleistungen keine Jobs annehmen würden, da sie im Anschluss durch den Abzug von Steuern finanziell schlechter dastehen würden als vorher. Im Falle des Grundeinkommens müsste dieses aber auf keinen Fall versteuert werden, auch wenn man überdurchschnittlich dazu verdienen würde. Marjukka Turunen vom finnischen Sozialversicherungsinstitut Kela und Projektleiterin des Experiments äußert sich dazu wie folgt: „Wir denken, das könnte ein großer Anreiz sein, wenigstens einen Halbtagsjob anzunehmen“, wird sie von der Frankfurter Allgemeine Zeitung zitiert. Der Zukunftsforscher Roope Mokka, der das Experiment mit entwickelt hat, wird von der Tagesschau mit folgender Aussagen zitiert: "In Finnland haben wir uns für diesen Versuch entschieden, weil wir davon ausgehen, dass es so mehr Beschäftigung gibt. Man denkt hier, dass Motivationsbremsen beseitigt werden. Denn wer Minijobs annimmt, behält ja das Grundeinkommen und verliert nicht den Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die Regierung will sehen, ob das die Produktivität erhöht und theoretisch auf diese Weise die Wirtschaft vorantreibt". Dennoch reichen die 560 Euro im Monat in Finnland nicht aus, um alle staatlichen Leistungen zu ersetzen, da hierbei das Grundeinkommen 1500 Euro betragen müsse.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
 26. Dezember bis 01. Januar*

Umsatzverlust der deutschen Reisebranche

Dienstag, 27. Dezember – Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass der Umsatz der deutschen Reisebranche in diesem Jahr laut Vorabbericht um drei bis vier Prozent geringer ausfällt. Besonders betroffen seien die Reisen in die Türkei. Während im vorangegangenen Jahr noch 5,6 Millionen Deutsche in die Türkei gereist seien, sollen es in diesem Jahr etwa 2 Millionen weniger gewesen sein. Der Präsident des deutschen Reiseverbandes (DRV), Norbert Fiebig, geht beim Grund für den Rückgang von Sicherheitsaspekten aus, die die Urlaubsströme verändern würden. Jeder neue Anschlag sei an den Buchungszahlen abzulesen. Bei der Türkei sieht Norbert Fiebig einen weiteren Aspekt in der Politik des Landes. Er geht davon aus, dass bei manchen Kunden bei der Wahl des Urlaubsziels auch politisch-moralische Aspekte eine Rolle spielen, dies wäre aber in dieser Größenordnung neu in der Branche.

Referendum: Stimmung in Italien

Mittwoch, 28. Dezember – Das italienische Statistikamt teilte am Mittwoch mit, dass der Geschäftsklimaindex der gesamten italienischen Wirtschaft im Dezember um 1,1 auf 100,3 Punkte gefallen sei. Gerade in der Bau- und Dienstleistungsbranche sei es spürbar bergab gegangen.

Die Tagesschau schreibt auf ihrer Online-Plattform, dass ein weiterer Grund für das Experiment das unflexible Sozialsystem und der radikale Umbau des Arbeitsmarktes in Finnland sei. Durch das Grundeinkommen soll das Sozialsystem deutlich vereinfacht werden, im Gegensatz zu den Sozialleistungen müssen beim Grundeinkommen keine Formulare und Anträge ausgefüllt werden. Die Direktorin des Sozialversicherungsunternehmens Kela, Elli Aaltonen ist der Meinung, dass die Sozialgesetzgebung erneuert werden müsse, damit unterschiedliche Lebensphasen berücksichtigt werden. Arbeitslose sollen die Möglichkeit haben an Kursen teilzunehmen oder zu studieren, Frauen soll es ermöglicht werden, auch im Mutterschaftsurlaub arbeiten zu gehen.

Die Pläne für ein Grundeinkommen sind nicht neu. Bereits im vergangenen Jahr spielte die finnische Regierung mit dem Gedanken ein Grundeinkommen einzuführen, damals sollte das Grundeinkommen noch 800 Euro betragen. Der Finanzdienst Bloomberg kalkulierte damals Kosten in Höhe von 47 Milliarden Euro, falls jeder der knapp fünf Millionen erwachsenen Finnen im Monat 800 Euro aus der Staatskasse bekommen hätte. Auch in der Schweiz wurde ein Grundeinkommen zum Volkentscheid gebracht. Diese Pläne wurden aber bei der Abstimmung mit 78 Prozent deutlich abgelehnt. Die Gründe für die Ablehnung lagen laut Experten bei der Unklarheit und Zweifeln der Finanzierungsmöglichkeiten des Grundeinkommens, da das Schweizer Grundeinkommen bei 2500 Schweizer Franken im Monat liegen sollte. Zum damaligen Zeitpunkt der Abstimmung hätte das Grundeinkommen knapp 2260 Euro betragen, also deutlich höher als das Grundeinkommen, welches in Finnland in Kraft tritt, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Hintergrund | Grundeinkommen

[Tagesschau: Finnland testet Grundeinkommen](#)

Ein Anstieg der Stimmung sei aber in der Industriebranche erkennbar, dort ist der Index um 1,3 auf 103,5 Zähler gestiegen. Auch bei den Verbrauchern verbesserte sich die Stimmung, dort stieg das Barometer um 3 Punkte auf 111,1 Punkte und erreichte den höchsten Stand seit Juli.

Rettung von Monte dei Paschi kostet 6,6 Milliarden

Freitag, 30. Dezember - Wie das britische Nachrichtenportal Bloomberg berichtet, rechnet die italienische Notenbank mit Kosten von 6,6 Milliarden Euro für den italienischen Staat, um die angeschlagene Monte dei Paschi Bank zu retten. Der Staat müsse der 4,6 Milliarden Euro direkt einschießen, weitere zwei Milliarden Euro müssen bereitgestellt werden, um die 40.000 Privatanleger zu entschädigen, die ihre Anleihen in Aktien umgewandelt haben, um der Bank eine Kapitalerhöhung zu gewähren. Im Gegensatz zur italienischen Notenbank sieht die EZB den Kapitalbedarf der Bank bei 8,8 Milliarden Euro. Italiens Finanzminister Pier Carlo Padoan kritisierte die EZB wegen mangelnder Klarheit über die für die Berechnung verwendeten Kriterien.

Zahl der Woche

5,1%

mehr Zulassungen von Fahrzeugen erfolgten in Frankreich im Jahr 2016, teilte der französische Branchenverband CCFA mit.

Reuters